

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**
— Drucksache 12/8292 —

**Gespräch des Bundesministers des Innern mit Vertretern der Vertriebenenverbände
am 20. April 1994**

Am 20. April 1994 soll sich der Bundesminister des Innern, Manfred Kanther, mit Vertretern der Vertriebenenverbände zu einem Gespräch getroffen haben. Gegenstand dieser Gespräche waren laut „Sudetendeutscher Zeitung“ unter anderem „die Hilfen zur Identitätsfindung der Deutschen jenseits von Oder und Neiße und das heute kaum noch so benannte gesamtdeutsche Bewußtsein“. Ferner soll auch darüber beraten worden sein, das Jahr 1995 zum Anlaß zu nehmen, um „den Beginn der Vertreibung von Millionen Deutschen aus der Heimat durch Veröffentlichungen, Informationsmaterial und auch Symposien herauszuarbeiten“. Ferner führten die Vertriebenenvertreter „Klage darüber“, daß „die antideutschen Exzesse“ in Polen „in jüngster Zeit hierzulande nicht nur nicht zur Kenntnis genommen würden, sondern daß auch versäumt werde, die Obhutspflicht der Bundesregierung für die Deutschen“ wahrzunehmen (Sudetendeutsche Zeitung, 6. Mai 1994).

Vorbemerkung

Am 20. April 1994 empfing der Bundesminister des Innern, Manfred Kanther, Vertreter des Ständigen Rates der Ostdeutschen Landsmannschaften und Landesvertretungen zu einem Gespräch, das der gegenseitigen Information und dem Meinungsaustausch diene. Bindende Absprachen oder Vereinbarungen wurden nicht getroffen.

1. Welche Absprachen, Vereinbarungen etc. wurden am 20. April 1994 zwischen dem Bundesminister des Innern (BMI) und den Vertretern der Vertriebenenverbände bezüglich der „Hilfen zur Identitätsfindung der Deutschen jenseits von Oder und Neiße“ getroffen?

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 2. August 1994 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Die Vertreter der Verbände berichteten über ihre Erfahrungen im Hinblick auf die Förderungsprogramme der Bundesregierung zur Unterstützung deutscher Minderheiten in Ostmitteleuropa und gaben entsprechende Anregungen.

2. Welche Absprachen, Vereinbarungen etc. zur Entwicklung eines „gesamtdeutschen Bewußtseins“ wurden getroffen?

Die Vertreter der Verbände äußerten die Sorge, daß der Beitrag der früheren deutschen Ostgebiete zur deutschen Geschichte und Kultur allmählich aus dem allgemeinen Bewußtsein verdrängt würde. Deshalb sei insbesondere die Fortführung der kulturellen Förderungsprogramme gemäß § 96 BVFG erforderlich. Darüber hinaus wurde gebeten, künftig wieder Haushaltsmittel zur Unterstützung der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit bereitzustellen.

Der Bundesminister des Innern, Manfred Kanther, hat dazu ausgeführt, es sei das erklärte Ziel der Bundesregierung, die deutschen Heimatvertriebenen in das Werk der Verständigung und Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn einzubeziehen und das Kulturgut der früheren deutschen Ostgebiete als wertvollen Beitrag zur gesamten deutschen und europäischen Kultur im allgemeinen Bewußtsein zu erhalten. Deshalb werde die Bundesregierung die Kulturarbeit der Vertriebenen auch künftig unterstützen.

3. Was versteht das BMI und was verstehen die Vertreter der Vertriebenenverbände unter „gesamtdeutsches Bewußtsein“, und gibt es da eventuell Differenzen?

Die Bundesregierung betrachtet es als eine ihrer Aufgaben, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen diesseits und jenseits der deutschen Staatsgrenzen zu fördern, das geschichtliche und kulturelle Erbe der Deutschen ungeschmälert im allgemeinen Bewußtsein zu erhalten und als Brücke der Verständigung zu unseren Nachbarvölkern zu nutzen. In dieser Auffassung ist sie nicht mit den verantwortlichen Vertretern der Vertriebenen einig.

4. Welche konkreten Klagen brachten die Vertreter der Vertriebenenverbände über welche „antideutschen Exzesse“ in welchem Land vor, und wie wurde in diesem Zusammenhang die Bundesregierung kritisiert, und welche Absprachen wurden über eventuelle Maßnahmen oder Veränderungen der Politik der Bundesregierung getroffen?

Es wurde über vereinzelte Übergriffe in den Wohngebieten der deutschen Minderheit berichtet, insbesondere in Oberschlesien. Hierzu wies der Bundesminister des Innern, Manfred Kanther, darauf hin, daß es Fremdenfeindlichkeit in vielen Ländern gäbe, leider auch in Deutschland. Gleichwohl seien die geschilderten Fälle zu beklagen und alle Verantwortlichen aufgerufen, ihren Beitrag zur Verhinderung solcher Übergriffe, zum Abbau von

Spannungen und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Menschen und Völkern zu leisten.

5. Welche Absprachen, Vereinbarungen etc. wurden darüber getroffen, im Jahr 1995 „den Beginn der Vertreibung von Millionen Deutschen aus der Heimat durch Veröffentlichungen, Informationsmaterial und auch Symposien herauszuarbeiten“?
 - a) Wurden für die Konkretisierung dieser Planungen bestehende Gremien genutzt oder sollen neue Gremien, Arbeitsgruppen etc. (beispielsweise auch innerhalb des BdV oder der Bundeszentrale für politische Bildung) eingerichtet werden (bitte genau auflisten)?
 - b) Wurde mittlerweile auch über eine Finanzierung derartiger Aktivitäten nachgedacht, und wenn ja, in welchem finanziellen Rahmen soll sich die Begehung dieses Jahrestages bewegen?

1995 jährt sich zum fünfzigsten Male das Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Bundesregierung wird dieses Ereignis im Rahmen ihrer Maßnahmen zur politischen Bildung und zur Pflege des Geschichtsbewußtseins umfassend behandeln bzw. entsprechende Projekte unterstützen. Zu den zahlreichen und teilweise vielschichtigen Themen, die im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg, seinen Ursachen und Folgen darzustellen sind, gehören auch Flucht, Vertreibung und Deportation von etwa 15 Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat.

- a) Die Bundesregierung hält es gegenwärtig nicht für erforderlich, zusätzliche Gremien oder Arbeitsgruppen für die Planung der o. a. Maßnahmen einzurichten.
- b) Der von der Bundesregierung verabschiedete Entwurf des Bundeshaushalts 1995 enthält in Kapitel 06 03 Titel 685 61 einen Ansatz in Höhe von 900 TDM für die Förderung von Projekten anlässlich des 50. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges.

6. Welche weiteren Themen wurden angesprochen, und welche Vereinbarungen wurden jeweils getroffen?

Neben den bereits erwähnten Themen wurde insbesondere auch der Stand der Gesetzgebung hinsichtlich einer pauschalen Entschädigung von Vertriebenen in den neuen Ländern behandelt.

7. Hat das BMI die Gelegenheit genutzt, die Vertreter der Vertriebenenverbände mahnend auf die Zusammenarbeit von Vertriebenenverbänden und deren Zeitungen und Einrichtungen hinzuweisen und Konsequenzen anzudrohen?
 - a) Wenn ja, auf welche Vorfälle bezog sich dies, und welche Konsequenzen wurden angedroht?
 - b) Wenn nein, wieso unterblieb dies?

Das Grundgesetz garantiert das Recht der freien Meinungsäußerung und die Pressefreiheit, die ihre Schranken in den Vorschrif-

ten der allgemeinen Gesetze finden. Diese Rechte stehen auch den Vertriebenen, ihren Verbänden, Einrichtungen und Zeitungen zu.

Deshalb bestand keine Veranlassung, das Thema zu behandeln.